

Brücke über A67 wird gesperrt

PFUNGSTADT (gme). Die Brücke über die A67 nach Eschollbrücken und Eich wird am Montag, 29. Januar, für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt. Grund sind Bauarbeiten am Brückengeländer. Eine Ausweichmöglichkeit ist über die Brücke B426, die Rheinstraße nach Hahn oder über das Griesheimer Kreuz möglich. Fußgänger und Radfahrer können weiterhin über die Brücke fahren, heißt es. Die Bauarbeiten dauern voraussichtlich eine Woche.

Vortrag zu Digitalisierung

SEEHEIM-JUGENHEIM (boy). Die Digitalisierung bietet gewaltige Chancen, birgt aber auch Risiken. Den „Chancen und Gefahren einer digitalen Gesellschaft“ geht der frühere Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar in der zweiten Veranstaltung der Reihe „Schule 4.0“ nach, die am 30. Januar, um 18 Uhr im Atrium der Internationalen Schule im Schuldorf Bergstraße stattfindet.

Initiator ist die Initiative Schule 4.0, zu der sich das Schuldorf Bergstraße, die Hessische Landeszentrale für politische Bildung sowie die Didaktik der Informatik im Fachbereich Informatik der Technischen Universität Darmstadt unter der Schirmherrschaft des Lions Clubs Seeheim an der Bergstraße zusammengeschlossen haben. Rückfragen bei Thomas Postina unter 06257-507-990, E-Mail: thpostina@yahoo.de.

Kurs im kreativen Nähen

ALSBACH-HÄHNLEIN (rs). In einem Kurs der VHS Darmstadt-Dieburg können zum Thema „Do it yourself – Kreatives Nähen“ unterschiedliche Nähtechniken unter fachkundiger Anleitung in kreative Ideen umgesetzt werden. Start für acht Termine ist am Donnerstag, 1. Februar, um 19 Uhr in der Melibokusschule, Benno-Elkan-Allee 1, in Alsbach-Hähnlein. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.ladadi.de/vhs. Anmeldungen schriftlich per Fax an 06071-8 81 23 19 oder per E-Mail an vhs@ladadi.de.



Bickenbachs Gemeindevertretung hat mehrheitlich für den Bebauungsplan „Nördlich der Darmstädter Straße“ in der Ortsmitte votiert. Damit kann die Investorengruppe demnächst den Bauantrag für ihre Planungen (im Bild) stellen. Entwurf: Ercan Özen

Parlament macht Weg frei

BICKENBACHER ORTSMITTE Komma-Antrag auf Moratorium wird abgelehnt

Von Claudia Stehle

WEITERES VORGEHEN

► Nach dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Ortsmitte „Nördlich der Darmstädter Straße“ wird dieser Plan in den nächsten zwei bis drei Wochen öffentlich bekannt gemacht und damit liegt dann das **Bau- und Planungsrecht** vor. Als nächsten Schritt kann der Bauantrag dann beim

Landkreis seinen Bauantrag für das Vorhaben einreichen, nach dessen Genehmigung der Baubeginn für die neue Ortsmitte möglich ist.

► Mit einer **Bauzeit von rund zweieinhalb Jahren** wird gerechnet. Der Abriss der alten Bebauung ist inzwischen schon vorgenommen worden. (steh)

BICKENBACH. Grünes Licht gab eine deutliche Mehrheit des Bickenbacher Gemeindeparlamentes für den Bebauungsplan Ortsmitte Nördlich der Darmstädter Straße, wo ein Investor Büros, Geschäfte und 55 Wohnungen sowie eine Tiefgarage mit mehr als 160 Stellplätzen auf zwei Etagen errichten will. Das Thema, das die Bickenbacher seit Monaten beschäftigt hat, lockte zahlreiche Besucher in den Bürgersaal, die dort trotz der eng gestellten Stuhlreihen nicht alle Platz fanden, sondern vom Flur und dem Treppenhaus aus der Debatte folgten.

803 Unterschriften für weitere Bedenkzeit

Arne Lanckenau von der Bürgerinitiative Ortsmitte hatte in einer bürgerschaftlichen Eingabe eine Unterschriftenliste mit 803 Unterschriften, darunter 752 Bickenbacher Unterzeichner, mit dem Appell für eine weitere Bedenkzeit eingereicht. Danach machte sich bei dem Antrag der Komma-Fraktion auf ein einjähriges Moratorium Fraktionschef Ulrich F. Koch zum Sprecher derjenigen Bickenbacher, die Zweifel an den Plänen der Investoren hegen. „Wir sollten einen Aufschub nutzen, um

im Dialog mit den Bürgern eine bessere Planung zu erreichen“, forderte er und verglich die eingegangenen Unterschriften mit der Wahlbeteiligung in Bickenbach bei Kommunal- und Bundestagswahl. „Wenn jetzt die Bürger angesichts der vorgelegten Baupläne nicht gehört werden, fördert das Politikverdrossenheit“, so Koch.

Eine von der SPD beantragte Sitzungsunterbrechung ließ bei den Zuhörern kurz die Hoffnung aufkommen, dass diese Fraktion möglicherweise ihre positive Einstellung zu den Plänen ändern könnte. „Wir haben diese Pause genutzt, um zu prüfen, ob unsere Entscheidung für das Projekt Bestand hat und werden daher den Antrag auf einen Aufschub ablehnen“, stellte SPD-Fraktionschef Tim Schmöcker dann fest. Er

zeichnete den Werdegang der jetzt zur Diskussion stehenden Pläne auf, unterstrich dabei, dass man intensive Diskussionen geführt habe, in deren Folge die Planung mehrfach den Wünschen des Parlaments angepasst worden sei. Dem schlossen sich Timo Wesp für die CDU und Michael Krug für die FDP an, sodass der Antrag auf ein Moratorium mit einer breiten Mehrheit abgelehnt wurde.

In einem weiteren Antrag hatte Komma beantragt, dass in dem geplanten Baugebiet Flächen für sozialen und bezahlbaren Wohnraum geschaffen werden. Als Hintergrundinformation zu möglichen Kaufpreisen für die Wohnungen wurde auf Angaben der Investoren verwiesen, wonach pro Quadratmeter 3500 Euro verlangt und für einen Stellplatz in

der Tiefgarage weitere 25000 Euro zu Buche schlagen würden. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit bei den Fraktionen.

Stattdessen stimmte eine Mehrheit von 19 Parlamentariern gegen fünf ablehnende Stimmen (vier von Komma, eine SPD) dem Satzungsbeschluss zu, nachdem diese vorher über knapp 100 Einwendungen von Behörden, Institutionen und Bürgern befunden hatten. Auch bei dieser Debatte machte sich Ulrich F. Koch zum Anwalt der Bürgerinitiative, nannte die Pläne nicht entscheidungsreif, weil viele Fragen noch offenblieben.

Timo Wesp bezeichnete es dagegen als positiv, dass der Vorhabenträger bereit sei, die Brache in der Ortsmitte als Ganzes zu überplanen. „Uns haben diese Pläne von Beginn an gefallen, und Änderungswünsche der Fraktionen sind darin aufgenommen worden“, sagte er. Auch Christopher Schuldes (FDP) begrüßte die Entscheidung für einen attraktiven Ortskern, der jetzt verwirklicht werden könne nach dem Willen des Parlaments. Thorsten Schröder (SPD) appellierte an die Parlamentarier, nach der Entscheidung für die Pläne nun wieder in den politischen Alltag zurückzukehren und das Votum anzunehmen.

Anita Oerterer zieht Widerspruch zurück

SHARK CITY Pfungstädterin setzt nun auf weitere Genehmigungsverfahren wie etwa den Bebauungsplan

Von Thomas Bach

PFUNGSTADT. Das Pfungstädter Parlament muss am Montag nicht mehr über den Widerspruch von Anita Oerterer zur Ablehnung des Bürgerbegehrens gegen das geplante Hai-Aquarium „Shark City“ abstimmen: Die Pfungstädterin, die am Donnerstag eine Niederlage vor dem Verwaltungsgericht erlitten hatte, als ihr Eilantrag gegen den Verkauf von zwei für den Bau notwendigen Grundstücken zurückgewiesen worden war, zieht ihn von sich aus zurück. Auch eine Beschwerde gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts legt sie nicht ein.

„Es wäre Prinzipienreiterei und eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, das Parlament jetzt noch entscheiden zu lassen“, sagt sie auf ECHO-Anfrage, fügt aber an: „Das heißt nicht, dass jetzt alles vorbei ist.“

Sie setzt ihre Hoffnungen nun auf die weiteren Genehmigungsverfahren. „Es gibt noch keinen Bebauungsplan und keine Betriebslaubnis“, sagt sie. Laut Oerterer wollen die Betreiber, die Seven Seas Aquarium GmbH, die Grundstücke erst dann kaufen, wenn es einen rechtsgültigen Bebauungsplan gibt. „Es ist also noch alles offen“, sagt sie. Denn während des Bebauungsplanverfahrens gibt es für Bürger noch die Möglichkeit, Einwendungen gegen das Projekt zu machen. „Die Bürgerinitiative (BI) wird sich nicht auflösen“, kündigt sie trotz der erlittenen Schlappe an: „Wir werden die Leute, die es betrifft, nach Kräften unterstützen“, sagt sie.

Aber auch sie weiß, dass die

Chancen, das Projekt über das Bebauungsplanverfahren noch zu verhindern, gegenüber einem Bürgerbegehren oder gar einem Bürgerentscheid sehr viel geringer sind. „Die sauberste Lösung wäre ein Bürgerentscheid gewesen“, sagt sie. Es sei „sehr, sehr ärgerlich“, dass das Bürgerbegehren letztendlich wegen eines Formfehlers gescheitert sei.

Mehr Spenden als Kosten für das Verfahren

Auch wegen der großen Unterstützung, die sie und die BI erfahren haben. Es seien mehr Spenden eingegangen als das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht gekostet habe. „Das restliche Geld geht an eine gemeinnützige Einrichtung in Pfungstadt“, sagt sie. Eine Abrechnung, was das Eilverfahren gekostet hat und was übrig bleibt, werde derzeit erstellt.

Eine Klage gegen die Ablehnung des Bürgerbegehrens durch das Pfungstädter Parlament schließt sie ebenfalls aus. „Ich kann ja nicht mehr gewinnen“, sagt sie. Die Klage müsste vor dem selben Gericht eingereicht werden, das am Donnerstag das Eilverfahren abgewiesen hat. „Zudem verbrenne ich damit Geld“, sagt sie.

Nun wartet die BI auf die Offenlage des Bebauungsplans, der derzeit erstellt wird. „Den werden wir uns genau ansehen“, sagt Oerterer. Auch, wenn dann die Baugenehmigung beantragt sei, könnten die Nachbarn ihre Rechte geltend machen, etwa wegen Lärm. Auf die Erteilung der Betriebslaubnis Einfluss zu nehmen, sei hingegen sehr schwierig.



Anita Oerterer will keine Prinzipienreiterei und zieht ihren Widerspruch gegen die Ablehnung des Bürgerbegehrens zurück. Archivfoto: André Hirtz

Investoren sollen Pläne nachbessern

BAHNHOFSBEBAUUNG Mühlthaler Politiker kritisieren, dass Forderungen des beschlossenen Eckpunktepapiers nicht erfüllt sind

Von Sabine Eisenmann

MÜHLTHAL. Wie und was auf dem Gelände am Bahnhof in Mühlthal gebaut werden darf und soll, hat das Mühlthaler Gemeindeparlament Ende vergangenen Jahres in einem Eckpunktepapier festgelegt. Doch einige Bedingungen wurden bislang nicht schriftlich bestätigt oder fehlen im Durchführungsvertrag, den die Investoren Rainer Bärens und Mathias Körbler der Gemeinde vorgelegt haben.

Parkflächen werden zum Zankapfel

Die FDP fordert daher eine Nachbesserung im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags und hat die angemahnten Punkte in einem Antrag aufgelistet. Zum Beispiel die Kostenübernahme der Investoren für eventuell erforderliche Verkehrsverbindungen, die Festlegung der Geschosshöhe der geplanten Gebäude auf 8,70 Meter, die Schaffung eines Spielplatzes

und vor allem eine von der Gemeinde geforderte Parkfläche für weitere 50 Fahrzeuge.

Nur wenn alle Punkte von den Investoren erfüllt werden, soll einer Änderung des Flächennutzungsplans zugestimmt und ein Bebauungsplan für das Vorhaben „Integratives Wohnen am Gemeinschaftspark“ verabschiedet werden.

Dem FDP-Antrag folgten die Vertreter des Umwelt-, Entwicklungs- und Bauausschusses am Donnerstag. Der Beschlussempfehlung vorausging eine zweistündige Debatte mit den Investoren und deren Rechtsanwalt Dr. Klaus Berghäuser. Rechtsbeistand der Gemeinde war Dr. Josip Kuvac. Zankapfel waren die 50 Parkplätze, die sich die Gemeinde für Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs wünscht.

Denn die Überraschung des Abends war, dass die aktuelle Planung keine Fläche dafür mehr vorsieht. „Wegen der kleineren Wohneinheiten, die sich aus der Reduzierung der Bauhö-



Seit drei Jahren planen Investoren auf ihrem Gelände am Mühlthaler Bahnhof Wohnbebauung. Passiert ist noch nichts. Archivfoto: André Hirtz

he ergeben, müssen wir mehr Stellplätze bereitstellen. Jetzt sollen noch zusätzliche 50 Parkplätze entstehen. Wo ist die Gegenleistung der Gemeinde“, fragte Rainer Bärens. Sein Vorwurf: „Der Investor wird geknebelt“. Rechtsanwalt Berghäuser schlug der Gemeinde vor, ein Parkdeck zu bauen. „Aber die Gemeinde will ja kein Geld in

die Hand nehmen“, kritisierte er. Ohnehin habe er „sowas wie in Mühlthal noch nie erlebt“. Immerhin planen die Investoren auf Wunsch der Gemeinde sozialen Wohnraum. Sie reduzieren die Gebäudehöhe. All das, ohne Beteiligung der Gemeinde Mühlthal. Als Christoph Zwickler (Fuchs) den Investoren vorschlug, der Gemeinde

eine Parkfläche zu schenken, wurde der Ton scharf. „Was sie verlangen, ist rechtswidrig“, sagte Berghäuser.

Einige Ausschussmitglieder distanzieren sich von Zwicklers Aussage. In der Sache blieben sie hart. Das Beharren auf einer Parkfläche sorgte wiederum bei den Investoren für Irritationen. Denn diese Bedingung war auf Wunsch der Gemeinde aus dem Eckpunktepapier genommen worden. Der Grund: Das wäre ein verbotenes Koppelgeschäft gewesen. „Das entbindet die Investoren nicht von der Bedingung“, betonte CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Hölcher und erinnerte an mündliche Zusagen von Bärens und Körbler. „Das Projekt steht auf der Kippe“, sagte Hölcher.

Nach langer Debatte stimmte der Ausschuss für den Kauf eines entsprechend großen Geländeteils der Gemeinde am Bahnhof. Das letzte Wort hat die Gemeindevertretung am 6. Februar.

KURZ NOTIERT

OWK wandert

SEEHEIM-JUGENHEIM (rs). Zu einer leichten Nachmittagswanderung in der Gemarkung Seeheim lädt der OWK am Sonntag, 28. Januar, ein. Treffpunkt ist um 14 Uhr am Rathaus-Parkplatz Schulstraße. Gewandert wird auf dem Blütenweg bis nach Malchen und über den Linnhöllweg wieder zurück. Schlusseinkehr ist im Gasthaus „Zum Löwen“. Die Gehzeit beträgt etwa zwei Stunden. Die Wanderführung übernehmen Georg Krämer und Dorothea Seeger (Telefon 06257-824 89).

Neujahrsempfang

Pfungstadt (boy). Das FachFrauen-Netzwerk und der Bundesverband der mitteldeutschen Wirtschaft Darmstadt-Dieburg lädt zum Begrüßungsfest in die Villa Büchner (Uhlandstraße 20) in Pfungstadt ein. Sabine Berg gibt Tipps zum Thema „Netzwerke & Seilschaften“. Am Freitag, 2. Februar, um 18 Uhr, geht es los. Der Eintritt inklusive Fingerfood-Buffer beträgt für Mitglieder des Netzwerks

20 Euro, Anmeldung bis zum 27. Januar an: info@fachfrauenetzwerk.de.

Für Privatanleger

SEEHEIM-JUGENHEIM (rs). In einem VHS-Vortrag am Dienstag, 27. Februar, von 8 bis 19.30 Uhr werden die wichtigsten Themen rund um Indexfonds und Exchange Traded Funds (ETFs) behandelt. Veranstaltungsort ist im Schuldorf Bergstraße in der Sandstraße. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.ladadi.de/vhs. Anmeldungen schriftlich per Fax an 06071-881 23 19 oder per E-Mail an vhs@ladadi.de.

Auf die Kuralpe

ALSBACH-HÄHNLEIN (boy). Der Turnverein 1898 Alsbach lädt für Sonntag, 28. Januar, zu einer Wanderung mit einer Gehzeit von etwa drei Stunden zur Kuralpe ein. Nach der Mittagsrast geht es über den „Heiligenberg“ zurück. Treffpunkt ist um 10 Uhr am Parkplatz der Haltestelle Hinkelstein.